

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, abends 6 Uhr für den nächsten Tag. / Hauptpreis bei Subscription von drei Monaten 1.00 Mk., von sechs Monaten 1.80 Mk., von einem Jahre 3.40 Mk. / Einzelheft 10 Pf. / Adressänderungen sind zu beliebiger Zeit möglich. / Die Geschäftsbedingungen sind im Abonnementbuch beizufügen. / Die Redaktion ist in der Hauptredaktion des Wilsdruffer Tagesblattes, Postfach 204, Wilsdruff. / Die Druckerei des Wilsdruffer Tagesblattes befindet sich in der Hauptredaktion des Wilsdruffer Tagesblattes, Postfach 204, Wilsdruff. / Die Redaktion ist in der Hauptredaktion des Wilsdruffer Tagesblattes, Postfach 204, Wilsdruff. / Die Druckerei des Wilsdruffer Tagesblattes befindet sich in der Hauptredaktion des Wilsdruffer Tagesblattes, Postfach 204, Wilsdruff.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Er scheint seit dem Jahre 1841.



Amtsblatt für die **Amtshauptmannschaft Weizsen**, für das **Amtsgericht** und den **Stadtrat zu Wilsdruff**, sowie für das **Forstrentamt zu Tharandt**. Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 153 | Mittwoch den 7. Juli 1920 | 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Freitag und Sonnabend den 9. und 10. Juli 1920 geschlossen.
An diesen Tagen werden nur dringliche Sachen erledigt.
Am 5. Juli 1920: **Umtsgericht Wilsdruff.**

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Abordnung ist ohne Zwischenfall in Spa eingetroffen.
* Nach einer Ausrührung von Lord George herrschet die Dauer der Konferenz von Spa auf etwa 14 Tage.
* In Großpolen ist der berühmte Maler, Radierer und Bildhauer War Klinger gestorben.
* Das griechische Hauptquartier meldet einen Sieg über die türkischen Nationalisten.

Rettet die Ostmark!

Die Polen haben Beschl. Als der Tag der Entscheidung über das Schicksal der zweiten Zone in Schleswig gekommen war, ging in Berlin der unter dem Namen Skopp maršierende Versuch zur Gegenresolution vor sich, und ein Sturm durchnagte das Reich, wie Deutschland ihn bis dahin kaum erlebt hatte. Trotzdem tat jeder deutsche Mann zwischen Ost- und Nordsee seine Pflicht, und um so stolzer kam das Bewusstsein zum Ausdruck, dass die zweite Zone, mit Flensburg an der Spitze, wie man hoffen darf, für immer von der Fremdherrschaft befreit ist.
Heut steht der 11. Juli vor der Tür, und Ost- und Westpreußen sollen, soweit der Vertrag von Versailles ihre Zukunft in Frage gestellt hat, sich entscheiden — ja, aber was denn eigentlich? Bedenkt es wirklich erst einer Entscheidung für Pololen und Estland, ob sie deutsch bleiben oder zu Polen kommen sollen? Zu diesem Polen, das gerade jetzt in eine Krise hineingeraten ist, die die junge Republik in all ihren Grundfesten erschüttern mag? Zu diesem Polen, das der russische Bolschewismus mit seiner immer noch bewunderungswürdigen militärischen Stokraft an die Gurgel gepackt hat und unaufhaltsam zurücktreibt? Zu diesem Polen, das einen Hülsen nach dem andern nach London, nach Paris, nach Brüssel und Spa abschickt, weil es sich ganz und gar ungelohnt fühlt, die Lenin und Trotzki wieder von sich abzuschütteln, die es, von Frankreich angeführt, von England unterstützt, herausfordert hat? Ach nein, das ist wirklich keine Frage, bei der sich unsere Brüder und Schwestern im Osten erschlacken auch nur einen Augenblick lang aufhalten würden, wenn die Wäter des Versailler Vertrages sie nicht dazu nötigten. Aber in diesem einzigen Augenblick wird die Frage denn auch ein für allemal endgültig entschieden sein.
Die Polen wissen ganz genau, was ihnen bevorsteht, und die Wut darüber, daß sie auf die erhofften staatlichen Erweiterungen ihres „Korridors“ nun doch verzichten müssen, ist es, die in ihrem ganzen Verhalten desto deutlicher zutage trat, je näher der Abstimmungsstog heranrückt. Die Gewalttätigkeiten gegen einzelne Führer des Deutschtums, die Begeisterung gegen die zur Rettung der Heimat herbeieilenden Abstimmungsbeauftragten, die bis zu offener Gehörlosungsverweigerung gelangte Achtung gegenüber den Befehlen der interalliierten Kommission verraten einen Seelenzustand, mit dem man fast Mitleid haben könnte, wenn er nicht durch eigene maßlose Schuld verursacht wäre. Wen die Wüter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Die Polen schneien danach dem Verderben näher zu sein, als gemeiniglich angenommen wird. Mit solchen Geiseln führen sie, als in Allenstein und in Marienwerder die internationalen Abstimmungskommissionen sich niederlegen, auf das Meer der Volksabstimmung hinaus, um jetzt, wenn es gut geht, gerade noch auf iradem Kahn ihr Leben in den Polen zurückzubringen. Ein ganzes Meer von Kataklysmen haben sie über die Grenze geholt, um in Ost- und Westpreußen sozusagen moralische Eroberungen zu machen. Doch all die Mühe hat sich nicht gelohnt, ganz und gar nicht. Die ruhige Beobachtet der deutschen Verbände verstand es, einen festen Wall aufzurichten, gegen den die polnischen Sturmfluten vergebens herandrübten. Und in letzter Zeit mußten die Polen sogar noch den Schmerz erleben, daß ein „Pund zur Erhaltung des Estlandes“ gerundet wurde, der die preussischen Staatsbürger polnischer Zunge vor einer vollenfreundlichen Volksabstimmung bewahren will. Selbst die Sonne der interalliierten Kommission, die den Lieblingskindern der Entente natürlich vorzugsweise zugesetzt wurde, hat ihnen zu gleichermaßen einträglichen Ernte versetzen können. Der nächste, tapfer und stolze Sinn unserer Ostmarkler empfand die Volksfremdeit dieser ganzen Wühlererei, die Unwahrscheinlichkeit aller der Versprechungen, mit denen hier Seelenfang getrieben wurde, und immer tiefer sank das Barometer der polnischen Hoffnungen, ohne daß man doch die Sinnlosigkeit dieses ganzen Abstimmungsverfahrens offen eingesehen dürfte. Am liebsten wäre es wohl gerade den vernünftigeren Polen gewesen, sie hätten im letzten Augenblick noch in aller Form auf die Feuerprobe dieser Abstimmung

verzichten können. Aber das wäre ja beinahe einer Reklon des Versailler Friedens gleichgekommen — und davon darf man, einzuwilen, höchstens träumen, unter keinen Umständen aber auf offenem Markt reden. Das wäre ihnen von den hohen Gebieten in London und Paris gewollig verübelt worden.
Über alle Deutschen dürfen dem kommenden Wahsonntag mit ruhiger Gelassenheit entgegengehen. Die deutschen Söhne und Töchter der bedrohten Provinzen werden auf dem Posten sein, bis auf den letzten Mann. Zu ungegährlten Tausenden sind in diesen Tagen die treuen Ost- und Westpreußen aus dem ganzen Reich in ihre geliebte Heimat geeilt, um aller Beschwörlichkeiten ungeachtet, in dem Augenblick zur Stelle zu sein, in dem der von den Polen heraufbeschworene nationale Kampf endlich ausgetragen werden soll. Keiner von ihnen wird sich darauf verlassen, daß die deutsche Sache auch ohnedies schon so gut wie gewonnen sei. Jeder wird nach Kräften dazu beitragen, daß hier ein Volksgericht zustande kommt, so vernichtend, daß den Polen für immer das Gefährte nach diesem fernpolitischen Grenzland vergeben soll. Der 11. Juli soll ihnen einen Denkstein eintragen, über den man in Polen, in Warschau, in Lemberg niemals wird zur Tagesordnung übergehen können. Und er soll für alle Deutschen eine Quelle nationaler Erneuerung werden. Ihrer bedürfen wir mehr als je. Und daß die Polen, ohne es zu wollen, uns den Weg zu ihr geweisen haben, dafür soll ihnen — nach geschlagener Schlacht — unser Dank nicht vorenthalten werden.
Dr. Sy.

Ausfall in Spa!

Die Tagesordnung.
Die Konferenz von Spa, die vielschicht in noch höheren Maße als der Friedensvertrag über Deutschlands Sein oder Nichtsein entscheiden wird, hat begonnen. Was werden wir, weiß niemand, die Entente ebenso wenig wie wir. Zunächst hat der Oberste Rat eine Art von Tagesordnung festgelegt. Danach sollen folgende Gegenstände zur Verhandlung kommen: Entwaffnung, Wiedergutmachung, Kohle. In einer Vorberatung der Alliierten endlich soll neuerdings die Frage der Schuld behandelt werden. Es wurde beschlossen, daß die Alliierten den deutschen Vertretern besondere Vorschläge machen, sondern erst nach vorhergehender Verhandlung unter sich durch einen einzigen Redner ihren gemeinsamen Standpunkt vorbringen lassen. Die Art und Weise der Verhandlung des Standpunktes der Deutschen bleibt diesen überlassen. Sie können, wie Savas erzählt, sicher sein, in den Alliierten aufmerksam und verständliche Zuhörer zu finden, die selbst befreit sein werden. Ihren aufrichtigen Wunsch zur loyalen Durchführung des Versailler Vertrages kundzutun. Vor und nach jeder Sitzung werden sich die Alliierten unter sich versammeln zur Festlegung einheitlicher Richtlinien.

Miesenshulden der Entente.

Der Pariser „Temps“ bepricht in einem Beilartikel die Frage der Schulden unter den Alliierten. Frankreich habe verschiedenen alliierten Staaten zusammen geliehen 7 Milliarden 575 Millionen Franc. Es habe dafür von Amerika geliehen 2 Milliarden 865 Millionen Dollars. Das mache 15 1/2 Milliarden Goldfrank, nach dem heutigen Kurs 96 Milliarden. England habe Frankreich geliehen 514 Millionen Pfund Sterling, das mache 18 Milliarden Goldfrank aus, nach heutigem Kurs 24 Milliarden. Wenn man die Summen addiere, die Frankreich ausgehoben habe, dann schulde Frankreich an Romork und London 29 Milliarden Goldfrank, das seien heute 60 Milliarden. Aber auch England habe geliehen. Es schulde Amerika 1000 Millionen Pfund Sterling nach heutigem Stand des Kurses, es habe dafür aber geliehen außer Frankreich an Belgien 92 Millionen Pfund, 435 Millionen an Italien, Serbien 20 Millionen Pfund und verschiedenen anderen Alliierten 68 Millionen Pfund und Ausland 508 Millionen Pfund. Das bedeute, wenn man von der russischen Schuld absehe, daß England 87 Millionen Pfund mehr zu fordern habe, als es Amerika schulde. Amerika endlich habe ausgehoben außer den 4220 Millionen an England 2985 Millionen Dollar an Frankreich, 1811 Millionen an Italien, 889 Millionen an Belgien, 188 Millionen an Rußland, 27 Millionen an Serbien und 138 Millionen Dollar an andere Alliierte. „Temps“ bepricht alsdann die Frage der gegenseitigen Annulierung der Schuld und schließlich wirft er die Frage der Zinslosigkeit auf, durch die man ebenfalls, wenn der erste Weg nicht gelinge, zu einem guten Ergebnis gelangen könne.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Zahlenmäßige Unterlagen für Spa.
In der Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die von der deutschen Regierung der Entente vor der Konferenz von Spa übergeben wurde, wird dargelegt, daß das deutsche Volkvermögen vor dem Kriege von vielen Seiten überschätzt worden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag wird man es für die Zeit vor dem Kriege auf etwa 220 Milliarden Mark Gold beziffern dürfen. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, der Unternehmungen im Ausland, der Abtretungen usw. durch die Wirkungen von Krieg und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden. Aus diesem verminderten Vermögen ist die Wiedergutmachung zu leisten. Da Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslandsguthaben verlustig gegangen ist, kann die Zahlung im wesentlichen nur durch die Ausfuhr von Waren beglichen werden.

Die Folgen der Gebietsabtretungen.

Hat man bisher wie eingangs erwähnt, das Volkvermögen vor dem Kriege mit 220 Milliarden angenommen, so wird man heute nach den Abtretungen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Abstoßen der ausländischen Werftwerke, nach Verbrauch aller Warenvorräte und nach sechsjähriger Abnutzung aller Produktionsmittel höchstens von 100 Milliarden reden können. Davon sind noch Auslandsschulden abzugiehen, die 8 bis 10 Milliarden erreichen dürften. Den verminderten produktiven Kräften steht allein aus dem Warenverkehr eine Verschuldung von etwa 50 Milliarden Mark gegenüber. Diese Waren sind teils auf Kredite gekauft, teils mit Banknoten bezahlt worden, von denen etwa 20 Milliarden Mark im Ausland sein dürften. Für die nächste Zeit wird man mit einer deutschen Ausfuhr von vielleicht 35 bis 40 Milliarden Mark Papier rechnen können. Ihr steht eine Einfuhr von vielleicht 80 Milliarden Mark an Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber. Die deutsche Handelsbilanz ist also passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfang zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs ausreicht und die gesamte Einfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat. Im Gegensatz dazu steht aber die Erfüllung des Friedensvertrages eine aktive Handelsbilanz voraus.
10 000 Mark Schulden pro Kopf.

Die Denkschrift weist die Möglichkeit eines Staatsbankrotts weit von der Hand, sagt dann aber:

Die Ausführung des Friedensvertrages in der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Finanzwirtschaft noch weiter gefährden. Geht man von einer rein finanziellen Belastung von nur 60 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von vier Köpfen etwa 40 000 Mark schulden, das macht zu einem Satz von 8 % 2400 Mark im Jahr. Da die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahr vorfleht, würde der Haushalt von vier Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Zusatzleistungen von 4400 Mark belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1914 81,21 % der preussischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 Mark. Insgesamt würden mindestens 2,4 Milliarden Mark Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das deutsche Budget belasten. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch gedeckt werden, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausgibt. Alle Leistungen der deutschen Volkswirtschaft an andere Volkswirtschaften müssen schließlich aus dem Haushalt des Reichs bezahlt werden, dem der Steuerzahler die nötigen Mittel zur Verfügung stellen muß. Gelingt es nicht, so muß eine wilde Kreditwirtschaft mit zunehmender Inflation eintreten. Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ist ohne Gesundung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Gesundung des deutschen Geldwesens hängt von der Regelung der deutschen Finanzen, insbesondere von der Regelung der schwebenden Schulden ab. Die Regelung des Finanzwesens wird endlich von der Höhe und der Form der Entschuldigungsverpflichtung bedingt. Die Steuern, insbesondere die direkten Steuern, sind sehr stark angeschwollen.

32 Milliarden Mark Steuern.

Die Grenze des Möglichen. Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Steuerbelastung, welche die deutsche Regierung am 1. Juli